

AUS VEREINEN UND VERBÄNDEN

Vätergruppe umbenannt HNA, 09.02.2001

KASSEL ■ Die Kasseler Vätergruppe „Vater sein trotz Trennung“ soll zukünftig „Vätergruppe Kassel“ heißen. Diesen Beschluss fassten die Vereinsmitglieder auf ihrer Mitgliederversammlung in der Kasseler Werkstatt. Neu gewählt wurde außerdem der Vorstand wie folgt:

1. Vorsitzender Achim Mathusek, 2. Vorsitzender Jörg Gondermann, Kassenwart Rainer Schikora und Beisitzer Ralf Ladage.

*regelmäßige offene Gesprächs-
abende für Trennungsväter im
Café Brückenschlag (seit August 2001)*

**Aufnahme in den Paritätischen Wohlfahrtsverband
Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe**

KURZ NOTIERT

„Die Rückkehr der Väter“ HNA, 23.11.2001

KASSEL ■ Auf Einladung der Vätergruppe Kassel und des Evangelischen Forums berichtet der Soziologe und Autor, Prof. Dr. Gerhard Amendt am Dienstag, 27.11., im ev. Gemeindezentrum am Lutherplatz in Kassel über die von ihm erarbeitete Studie zur Situation unterhaltspflichtiger Väter. Die Studie gilt als wichtig, weil bisher fast ausschließlich alleine ziehende Mütter und Scheidungswaisen das Ziel wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen seien. Amendt ist Mitarbeiter am Institut für Geschlechter- und Generationenforschung der Universität Bremen. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr.

TRENNUNGEN HNA, 20.11.2001

Damit die Kinder weniger leiden...

Trennen sich Paare, gibt es häufig Streit. Besonders Kinder leiden unter dem Stress. Für einen geregelten Umgang der Betroffenen setzt sich eine Initiative im Landkreis Kassel ein.

Kreis-Jugendamtes, denn dies ist für die Umsetzung von gerichtlich festgelegten Umgangsregelungen verantwortlich, sucht die Initiative das Gespräch mit den Eltern.

„Wir betreuen derzeit fünf Familien“, berichtet Ulrike Kersten von IBU. Versucht werde zunächst über gemeinsame Gespräche eine Basis zu schaffen. „Doch das ist nicht immer möglich.“

BUNDESFAMILIENMINISTERIN BERGMANN HNA, 08.09.2001

Elternzeit statt Manager-Seminare

Ihr Aktionsprogramm „Mehr Spielraum für Väter“ stellte Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD) jetzt auf Einladung der Kasseler Vätergruppe vor. Ines Pohl sprach mit ihr.

Bergmann: Derzeit sind es nur 1,5 Prozent, obwohl wir wissen, dass 20 Prozent gerne auf Erwerbsarbeit verzichten würden, um bei ihren Kindern zu sein.

Warum tun sie es dann nicht?
Bergmann: Ein großer Hinderungsgrund für die Väter ist ja die Sorge vor dem Karriere-Knick. Und da hilft auch ein Gesetz nur bedingt. Denn die Männer befürchten ja, dass sie nicht für eine Führungsposition in Frage kommen, wenn sie die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Wir wollen zeigen, dass das nicht so sein muss.

Diese Angst haben auch Mütter.

Frau Bergmann, sollen jetzt die Väter dafür sorgen, dass die Deutschen nicht aussterben?
Bergmann: Die Männer sind beim Kinderkriegen natürlich schon jetzt unverzichtbar. Sie sollen und wollen sich aber mehr um die Erziehung der Kinder kümmern.

Was sind die Kernpunkte des neuen Gesetzes?
Bergmann: Wir haben seit Januar ein neues Bundeserziehungsgeldgesetz. Jetzt können beide Eltern zur gleichen Zeit Elternzeit, früher nannte man das Erziehungsurlaub, nehmen. Das ist verbunden mit einem Anspruch auf Teilzeitarbeit bis zu 30 Stunden pro Woche für jeden Elternteil. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten haben darauf einen Rechtsanspruch.

Wie viele Väter nehmen heute schon Elternzeit?

Kompetenz. Man kann diese benötigte Kompetenz in teuren Manager-Seminaren trainieren, man kann es aber auch einfacher haben, indem man sich an der Familienarbeit beteiligt.

Ein Teilzeitgehalt muss man sich ja leisten können. Müssen Sie nicht dafür sorgen, dass Eltern auch ganz arbeiten können?
Bergmann: Es ist richtig, dass es in den alten Bundesländern an allen Ecken und Enden an Kinderbetreuung fehlt. Im Osten gibt es in der Regel noch immer ein bedarfsgerechtes Angebot. Und zwar von der Geburt bis etwa zum 12. Lebensjahr.

Kinderbetreuung ist Ländersache. Wie kommt es, dass die armen neuen Bundesländer sich ein entsprechendes Angebot leisten können, die alten aber sagen, das ist uns zu teuer?
Bergmann: Die neuen Bundesländer haben das natürlich mitgebracht. Und die Eltern werden rabiat, wenn hier gekürzt werden soll. Wir wissen auch, dass es für Kinder in sozialen Brennpunkten sehr gut ist, wenn sie gefördert werden. Betreuungsangebote sind ein klarer Bildungsauftrag und auch im Zusammenhang mit der Integrationsdebatte eine große Chance.

Wie kann Ihr Ministerium die

Situation denn verbessern?
Bergmann: Wir haben Qualitätsprojekte laufen, Modellprojekte und sind natürlich an der Spitze der Debatte. Und wir haben ja das neue Gesetz auf den Weg gebracht.

Ihr Problem als Ministerin ist doch, dass Sie letztendlich nur appellieren können, mehr nicht.
Bergmann: Es ist Sache der Länder und Kommunen, das Angebot bedarfsgerecht auszubauen. Aber wir versuchen, das Thema voran zu treiben. Eben auch durch Gespräche mit der Wirtschaft. Und dadurch entsteht politischer Druck.

Wie kann eine Familienministerin politischen Druck ausüben?
Bergmann: Wir können den Ländern natürlich nichts verordnen. Aber die öffentliche Debatte anstoßen. Und man sollte wissen, dass die Länder, die eine höhere Geburtenrate haben, auch eine höhere Erwerbsarbeit von Frauen aufweisen. Nicht etwa eine niedrigere. Und das liegt ganz klar auch an einer ordentlichen Kinderbetreuung.

Dr. Christine Bergmann wurde 1939 in Dresden geboren. Die Mutter von zwei Kindern studierte Pharmazie und ist seit 1998 Bundesfamilienministerin.

KASSEL ■ Gegenseitige Vorwürfe, Beschuldigungen, Streit. Trennen sich Paare, geht dies selten ohne Auseinandersetzungen ab. Besonders schwierig sind solche Situationen für Kinder. Sie geraten oft erheblich unter dem Kleinkrieg der Elternteile. Noch komplizierter wird das Ganze, nachdem per Gerichtsbeschluss einem Elternteil das Sorgerecht zugesprochen wurde.

Fünf Treffen

Der Landkreis Kassel unterstützt eine Initiative, die gemeinsam mit den Eltern an einer sinnvollen Umgangsregelung arbeiten soll. Initiative Betreuer Umgang (IBU) heißt das Projekt. Acht Mitarbeiterinnen mit pädagogischer Ausbildung kümmern sich um die Kontakte zwischen dem Elternteil, der das Sorgerecht nicht erhalten hat, und dem Kind. Demnächst werde eine Wohnung angemietet, in der Treffen zwischen Elternteil und Kind stattfinden können, erläuterte Kreisbeigeordnete Dagmar Möbus. Mit der Übertragung der Aufgabe an einen freien Träger helfe der Landkreis auch, Schwellenängste gegenüber Behörden abzubauen.

Nach der Reform des Kinderschutzrechtes haben zahlreiche Eltern Probleme, nach Trennung oder Scheidung eine gemeinsame Elternschaft langfristig zu leben. Oft ist die Situation verfahren, der Kontakt der Eltern wird getragen von Vorwürfen und Streit. Manchmal gibt es gar keine gemeinsame Ebene mehr. An diesem Punkt setzt die Arbeit von IBU an. Im Auftrag des

Fünf Treffen zwischen Kind und Elternteil („meist Väter“) von zweieinhalb bis drei Stunden Dauer bieten die IBU-Mitarbeiterinnen an. Begleitend dazu, so Kersten, werden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, wie die Eltern die Treffen allein selbstständig weiterführen können. Ziel ist letztendlich, dass die nicht sorgeberechtigten Personen, das Kind wiedersehen können, ohne dass es Streit gibt.

Nicht immer muss der Arbeit von IBU ein gerichtlicher Beschluss zu Grunde liegen. Auch freiwillig können sich betroffene Eltern an die Initiative wenden. 15 Mark kostet laut Kersten eine Sitzung pro Elternteil.

Die Initiative, die ursprünglich aus dem Verein Vätergruppe Kassel hervorgegangen ist, werde möglicherweise demnächst auch in der Stadt Kassel aktiv werden, so Möbus. Es gebe bereits Gespräche zwischen IBU und der Stadtverwaltung.

Eins steht laut Edmund Faust, IBU-Projektleiter, Arzt und Psychotherapeut, jedenfalls fest: „Der Streit zwischen den Elternteilen geht meist zulasten der Kinder.“ *(sok)*

Weitere Informationen zum Projekt gibt es bei der Initiative Betreuer Umgang (IBU) unter ☎ 0561/ 7390884, Fax: 7390657.

...alle Artikel aus 2001 auch digital lesbar mit folgendem QR-Code:

